



Pressemitteilung

Ansbach, 29.04.2011

Niedriglohnbereich in Ansbach: Frauen und junge Menschen besonders betroffen

Rezatstadt schlechter als Bundesdurchschnitt: Forderung nach Mindestlohn

Weitere Abwärtsspirale bei den Löhnen durch EU-Richtlinien ab 1.Mai zu befürchten

Laut der aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag zum Niedriglohnbereich, steht die Stadt Ansbach schlechter da wie der Bundesdurchschnitt. Demzufolge stieg der Anteil der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich in der Rezatstadt zwischen den Jahren 2000 und 2009 von 16,9% auf 22,7% (Bundesschnitt 19,3% auf 22,3%) an. Eine Ursache dieses starken Anstiegs vor Ort erkennt die Offene Linke in der Ausweitung der Leiharbeit in Ansbach, die mit einem Anteil von 8,8% aller Beschäftigten als "Bundeshauptstadt der Leiharbeit" gilt.

Frauen und junge Menschen sind besonders von Niedriglöhnen betroffen: So arbeiteten am 31.12.2009 35,5% der vollbeschäftigten Ansbacherinnen im Niedriglohnbereich (Bundesschnitt 34,3%). Bei den Menschen unter 25 Jahren beträgt dieser Anteil sogar 51,6% (Bundesschnitt 46,7%).

Ab dem 1. Mai gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Menschen aus den osteuropäischen Mitgliedsstaaten. Diese Freizügigkeit ist zwar im Sinne der europäischen Einigung zu begrüßen, birgt allerdings in Deutschland die Gefahr einer weiteren Abwärtsspirale bei den Löhnen. Ursache sind die fehlenden Schutzmechanismen am bundesdeutschen Arbeitsmarkt, der im Gegensatz zu anderen EU-Staaten keine Mindestlöhne vorsieht.

Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns ist dringend notwendig, um den Negativtrend bei der Entlohnung, der zu einem Absinken des Reallohns in Höhe von annähernd 5% in den vergangenen 10 Jahren geführt hat, zu stoppen. Gerade für das gesellschaftliche Gefüge im von Leiharbeit und Niedriglohn besonders betroffenen Ansbach ist die Forderung nach einem Mindestlohn von 10 Euro von zentraler Bedeutung.

Solange die schwarz-gelbe Regierung menschenwürdige Löhne blockiert, müssen auch auf kommunaler Ebene alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um den Niedriglohnsektor einzudämmen. Der Ausschuss für Soziales hat am 11.04.11 mit großer Mehrheit beschlossen, Ansatzpunkte für soziale Vergaberichtlinien der Stadt zu evaluieren. Die Verwaltung muss diese Prüfung zügig und im Interesse der Arbeitnehmer in Ansbach durchführen.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat